

Nepal und Bhutan am Scheideweg?

von Ram Thapa

1990 mochte noch keiner von einer Krise sprechen, als immer mehr Südbhutesen nepalischer Herkunft das buddhistische Königreich verließen und in Indien und Nepal Zuflucht suchten. Nepal, in voller Euphorie der neugewonnenen Demokratie, sah darin zum damaligen Zeitpunkt kein großes Problem und hatte Wichtigeres zu tun, als sich damit zu befassen (siehe hierzu 'Südasiens', 8/9, 1990). Nachdem die Zahl der Flüchtlinge in jüngster Zeit dramatische Ausmaße angenommen hat, wissen beide Nationen, daß die Probleme einer umgehenden Lösung bedürfen.

Als 1991 etwa 10.000 Flüchtlinge aus Bhutan eintrafen, stellten diese Menschen für Nepal kein gravierendes Problem dar. Doch 1993, als die Zahl der Flüchtlinge sprunghaft anstieg, und laut nepalischer Zeitung 'Gorkhapatra' Ende April die Zahl von knapp 85.000 erreichte, wurde eine Lösung immer dringender. Die Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsprobleme in den Lagern und ihrer Umgebung wurden immer größer. Aus humanitären Gründen erhielt Nepal zwar für die Flüchtlinge Unterstützung der UN-Organisationen, doch keiner wollte bei der Suche nach der Ursache der Fluchtwelle beteiligt sein. Also blieb den beiden fast Nachbarn nichts anderes übrig, als auf bilateraler Ebene eine Lösung zu suchen.

Auch für Bhutan sind bilaterale Gespräche zunehmend wichtig. Die Regierung erhält zuhause und auf internationaler Ebene immer mehr Druck. Ihr wird vorgeworfen, die Menschenrechte zu verletzen und eine Art "ethnische Säuberung" zu betreiben. So bekam sie kürzlich bei einem Treffen der Entwicklungshilfe-Geberländer in Genf deutlich zu hören, daß sie die Menschenrechte achten solle.

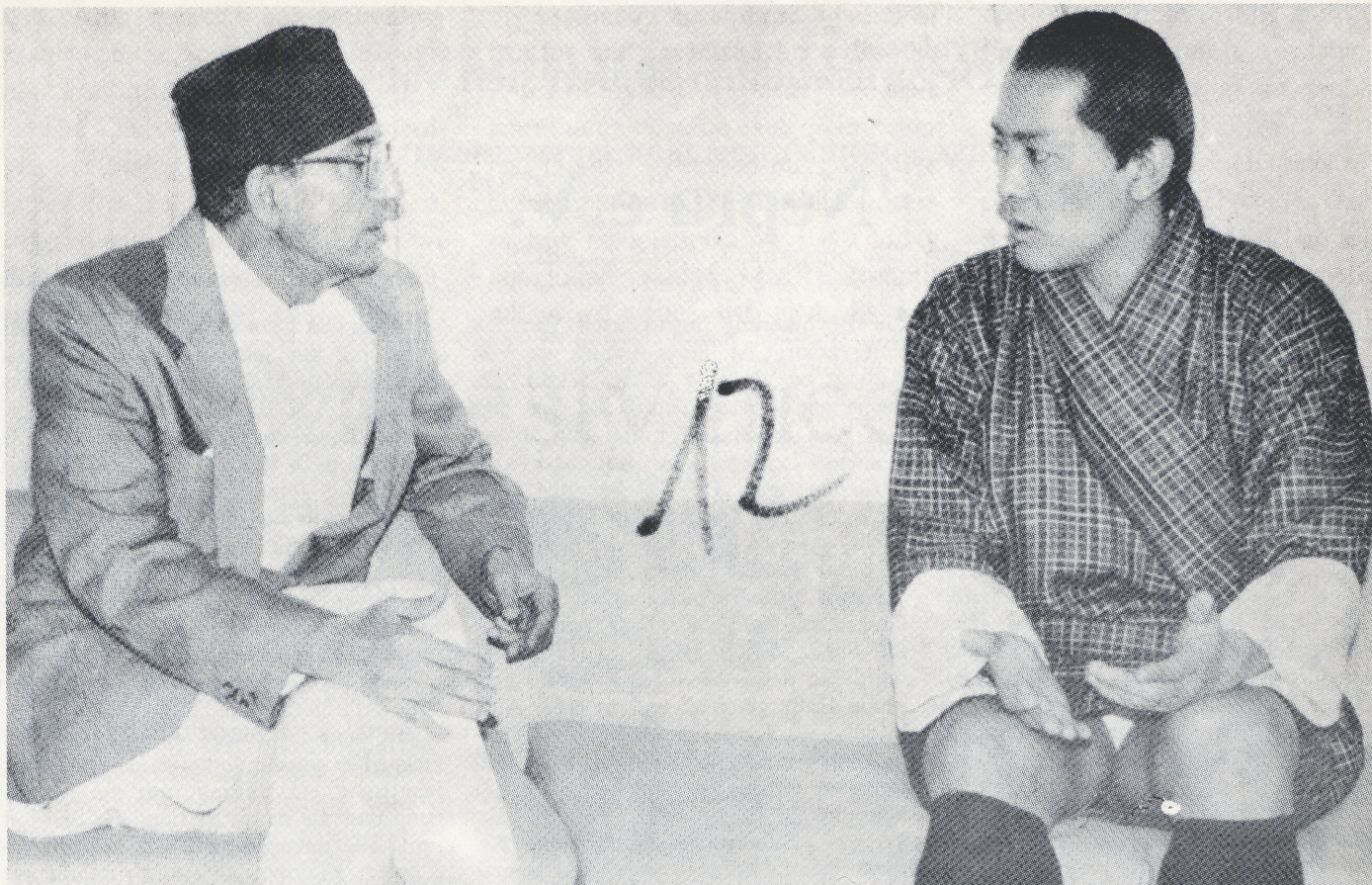
Bhutanische Argumente

Alle bisher erfolgten bilateralen Gespräche brachten jedoch keinen Erfolg. Nachdem man sich im Dezember 1991 (in Colombo) schon ohne greifbares Ergebnis getrennt hatte, verliefen auch die Gespräche zwischen König Jigme Singye Wangchuk und Premierminister Girija Prasad Koirala anlässlich des Gipfeltreffens der Südasiatischen Staatengemeinschaft (SAARC) in Dhaka im April diesen Jahres ergebnislos. Der letzten Zusammenkunft waren sieben Vorbereitungsgespräche auf verschiedenen Ebenen beider Regierungen vorausgegangen. Erst danach wurde klar, wie groß die Mißverständnisse zwischen den beiden Staaten sind.

Der Mißerfolg veranlaßte die bhutanische Regierungszeitung 'Kuensel', eine ausführliche Darstellung des geplatzen Gesprächs von Dhaka zu veröffentlichen. Das Gespräch sei erst bei dem Entwurf einer Presseerklärung geschei-

tert. Der Wunsch Bhutans sei es gewesen, ein "gemeinsames Komitee zur Klärung des Status der Flüchtlinge" zu bilden. Die nepalische Seite wäre zwar damit einverstanden gewesen. Doch später hätte sie anders entschieden. "Statt erst die verschiedenen Kategorien der Menschen in den Lagern festzulegen - was logische und eigentliche Voraussetzung zur Lösung der Probleme gewesen wäre, wollte die nepalische Seite, daß das gemeinsame Komitee unmittelbar die Probleme lösen und eine Modalität für die Rückkehr der Flüchtlinge erarbeiten sollte", wird der bhutanische Außenminister Lyonpo Dawa Tsering in der Zeitung zitiert. Ein zweiter Entwurf der Presseerklärung sei persönlich vom König Wangchuk an den nepalischen Premier überreicht worden. Darin habe gestanden, daß "das Komitee über den Status der Menschen in den Lagern entscheiden sollte". Die nepalische Seite habe jedoch zusätzlich gewünscht, daß eine der Hauptaufgaben des Komitees auch "die Erarbeitung der Rückkehrmodalitäten für die Flüchtlinge" sein sollte. Wie 'Kuensel' weiter berichtete, sei es für Bhutan unmöglich zu akzeptieren, daß alle Leute in den nepalischen Lagern "echte bhutanische Flüchtlinge" sind. Der Wunsch der nepalischen Seite, alle als Flüchtlinge anzuerkennen und sie nach Bhutan zurückkehren zu lassen, sei unannehmbar.

Nepal wird vorgeworfen, es habe selbst die Vereinbarung über einen "stillen Dialog" bei der Verhandlung gebrochen und stattdessen das Thema de facto internationalisiert. Das nepalische Innenministerium hätte unter seiner Regie die diplomatischen Vertretungen in Kathmandu zum Besuch der Camps eingeladen. Sogar die nepalische Botschaft in Neu Delhi hätte ausländischen Diplomaten nahegelegt, die Lager in Nepal zu besuchen. Außerdem hätte die nepalische UN-Mission in Genf eine Erklärung herausgegeben und Diplomaten zum Lagerbesuch angeregt. Nepal hat diese Vorgehensweise jedoch als Maßnahme für die Erlangung von Hilfsmitteln für die Menschen in den Lager gerechtfertigt. Bhutan wirft Nepal weiterhin vor, daß es an der Problemlösung nicht interessiert sei. Dies sei der Grund, warum Nepal



Bhutans König und Nepals Premier im Gespräch (Foto: 'Kuensel')

ein Komitee für die Identifizierung der Flüchtlinge nicht akzeptiert habe.

Der Auffassung Bhutans zufolge halten sich in den Lagern verschiedene Kategorien von Menschen auf. So seien dort illegale Einwanderer nepalischer Herkunft die angäben, Bhutanis zu sein, weil sie in Bhutan gearbeitet haben; Dissidenten, von denen viele Kriminelle seien; bhutanische Staatsangehörige, die offiziell ihren Status aufgegeben und ihr Vermögen veräußert hätten; bhutanische Staatsangehörige die einem Aufruf der Dissidenten in Nepal gefolgt seien und schließlich Nepalis aus anderen Regionen Nepals.

Schwierigkeit Nepals

Gleich nach seiner Rückkehr aus Dhaka informierte Premier Koirala die Presse über seine Gespräche mit dem König. Eine Lösung sei vorerst gescheitert, weil Bhutan nicht bereit wäre, über 100.000 Personen bhutanischer Staatsangehörigkeit als Flüchtlinge anzuerkennen. Ferner sei Bhutan nicht bereit, die Menschen in den Lagern als "bhutanische Flüchtlinge" zu bezeichnen. Stattdessen wolle man von "displaced persons in Nepal" sprechen,

berichtete der Premierminister.

Die nepalische Regierung betont ihrerseits, daß aufgrund der Prüfung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen 99 Prozent der Flüchtlinge im Besitz von bhutanischen Dokumenten seien. Bhutan versuche nun, den politisch unangenehm gewordenen Bevölkerungsteil auf diese Weise loszuwerden.

Inoffiziell verlautete noch, Premierminister Koirala habe sich an den indischen Premier Minister Narasimha Rao gewandt und ihn über das Gespräch mit dem König informiert. Dabei habe er sich eine Vermittlerrolle Indiens gewünscht. Anderenfalls werde das Problem von Nepal internationalisiert. Rao habe versprochen, zu tun, was er könne. Nach Meinung von Beobachtern will sich Indien jedoch nicht unmittelbar bei der Beilegung des Streits der "zwei kleinen Brüder" einmischen.

Neu Hoffnungen

Im Vorfeld der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien wurde in Nepal das Flüchtlingsthema wieder stark diskutiert. Die Bhutanis hatten angeboten, mit Rücksicht auf die Konferenz das Gespräch wieder aufzunehmen. Da der ne-

palische Innenminister bereits in Wien war, mußte das Gespräch verschoben werden. Am 21. Juni händigte Außenminister Tsering eine Botschaft des Königs an Premier Koirala aus. Informationen zufolge wurde darin vom König erneut vorgeschlagen, das Problem bilateral zu lösen und noch im Juli in Thimpu wieder Gespräche aufzunehmen. Ein früherer Termin mußte wegen des Besuches des indischen Premiers Narasimha Rao in Bhutan verschoben werden. Über das Flüchtlingsprobleme wurde in Wien nur am Rande diskutiert. Nepal hat sich offensichtlich auf Anraten Indiens zurückgehalten. Bei den kommenden Verhandlungen wird das erste Ziel die Bildung eines Komitees sein. Doch die schwierigste Aufgabe ist die Identifizierung der "echten Bhutanis", da Bhutan weiterhin von unterschiedlichen Flüchtlingsgruppen spricht.

Beobachtern zufolge sind sich beide Seite bewußt, daß eine Internationalisierung des Themas keinem helfen würde. Nepal könnte zwar international Sympathie gewinnen, doch die Rückkehr der Menschen nach Bhutan wäre damit nicht erreicht.